



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 064-2021
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2021.RRGR.89

Eingereicht am: 22.03.2021

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne) (Sprecher/in)
Ammann (Bern, AL)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 985/2021 vom 25. August 2021
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Punktweise beschlossen**
Punkt 1 Ablehnung
Punkt 2 Annahme und Abschreibung
Punkt 3 Annahme und Abschreibung

Eine resilientere Gesellschaft braucht Investitionen in den Ausbau sozialer Infrastrukturen insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. ein wirksames Impulsprogramm zu lancieren, mit dem Ziel, die Gesellschaft resilienter zu machen und Investitionen in die sozialen Infrastrukturen – auch in der Prävention – zu tätigen
2. genügend Angebote und Betreuungsmöglichkeiten in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen (präventiv, psychologisch, psychiatrisch) bereitzustellen
3. mit geeigneten Massnahmen die Entstigmatisierung psychischer Krankheiten zu unterstützen, so dass Menschen, die psychiatrische oder psychologische Hilfe benötigen, diese auch in Anspruch nehmen können; dazu ist eine umfassende und ganzheitliche Perspektive nötig

Begründung:

Fachleute weisen darauf hin, dass in der Pandemie die psychische Belastung wächst – speziell bei Menschen, die vorher schon mit psychischen Symptomen zu kämpfen hatten.¹ Dies zeigt sich besonders in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die überbelegt ist und wo es an geeigneten Angeboten fehlt.²

¹ Bericht Büro BASS und BAG vom 03.11.2020: Der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Schweiz. <https://www.psychiatrie.ch/fmpp/stellungnahmen-und-publikationen/aktuelle-infos-zur-coronavirus-pandemie/>

² <https://www.srf.ch/news/schweiz/corona-schlaegt-auf-die-psyche-die-angeschlagene-psyche-leidet-besonders-wegen-corona>

Die Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Bern verzeichnet bei den Notfällen eine Zunahme von 50 Prozent. «Wir sind überfüllt und können bei weitem nicht alle aufnehmen», sagt Direktor Michael Kaess. Bereits seit Monaten müsse triagiert werden. «Je nachdem gibt es dann Wartezeiten von mehreren Wochen oder gar Monaten für ein stationäres Bett.»³

Während bei der Einschätzung über die allgemeine Versorgung in der Psychiatrie zwischen verschiedenen Fachverbänden unterschiedliche Einschätzungen existieren⁴, besteht Einigkeit, dass die Versorgung bei den Kindern und Jugendlichen ungenügend ist. Wie die Schweizerische Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie schreibt, war in der Kinder- und Jugendpsychiatrie die Versorgungssituation schon vor der Pandemie angespannt.⁵ Weil die niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und -psychiater mehrheitlich ausgebucht sind, müssen Notfälle nun zu einem grossen Teil von den institutionellen Einrichtungen aufgefangen werden. Dieses grundsätzliche Problem akzentuiert sich in der Pandemie.

Die Herausforderung besteht auch darin, die Hürden für eine Behandlung abzubauen, denn noch immer warten viele Menschen zu lange, bis sie Hilfe in Anspruch nehmen. «Das liegt nicht daran, dass es an Psychiatern und Psychologinnen mangelt, sondern weil psychische Erkrankungen in unserer Gesellschaft noch immer stigmatisiert sind und Begriffe wie Depression, Schizophrenie oder Persönlichkeitsstörungen vielfach nicht neutral, sondern abwertend verwendet werden. Zudem werden psychische Erkrankungen oft erst spät oder gar nicht erkannt», so Fulvia Rota, Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie.

Um die Situation nachhaltig zu verbessern und auch jenen Menschen zu helfen, die psychiatrische oder psychologische Hilfe benötigen, aber diese nicht in Anspruch nehmen, sei eine umfassende und ganzheitliche Perspektive nötig. Es sei wichtig, die Entstigmatisierung psychischer Krankheiten voranzutreiben und das Nachwuchsproblem in der Fachrichtung Psychiatrie zu beheben.

Besorgniserregend ist zudem auch der Anstieg von Fällen häuslicher Gewalt. So musste die Berner Polizei 2020 deutlich häufiger wegen häuslicher Gewalt intervenieren. Die Zahl der Interventionen ist um 40 Prozent auf 1300 angestiegen.⁶

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat geht im Folgenden davon aus, dass es sich bei «sozialen Infrastrukturen» um Leistungen und Angebote handelt, die im öffentlichen Interesse vom Bund, vom Kanton oder den Gemeinden unterstützt und gefördert werden. Dies umfasst demnach auch kinder- und jugendpsychiatrische Angebote im Rahmen der Gesundheitsversorgung sowie Angebote aus dem Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention.

Der Regierungsrat teilt grundsätzlich das Anliegen des Vorstosses und ist bestrebt, die Aktivitäten in diesem Bereich zu verstärken, sofern sie im Rahmen seiner Handlungsmöglichkeiten liegen und Mittel dafür vorhanden sind. Ein Teil der Rahmenbedingungen im Bereich der Gesundheitsversorgung, namentlich bezüglich der gesetzlichen Grundlagen im KVG, bei den nationalen Tarifwerken sowie bei der ärztlichen Aus- und Weiterbildung sind jedoch ausserhalb seines Einflussbereichs angesiedelt.

³ <https://www.blick.ch/schweiz/so-leidet-die-jugend-einweisungen-in-die-psychiatrien-nehmen-zu-id16359872.html>

⁴ So behauptet die Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen (FSP) in einem offenen Brief an den Bundesrat, dass in der Schweiz zu wenig Psychiaterinnen und Psychiater tätig sind.

⁵ Medienmitteilung 11.02.2021 Schweizerische Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie: Psychiaterinnen und Psychiater während der Pandemie stark gefordert. Psyche und COVID: Psychiatrische Versorgung ist garantiert!

⁶ <https://www.srf.ch/news/schweiz/wegen-coronakrise-haeusliche-gewalt-im-kanton-bern-um-40-prozent-gestiegen>

Zu Punkt 1:

Die Resilienz ist ein Konzept aus der Psychologie, welches gemeinhin als die Aufrechterhaltung, bzw. schnelle Wiederherstellung psychischer Gesundheit während oder nach Widrigkeiten (Stress auslösenden Ereignissen) verstanden wird. Ob eine Person resilient ist oder nicht, hängt von verschiedenen Faktoren ab, die sich je nach Lebensumständen auch ändern können. Dazu gehören neben einer gewissen emotionalen Stabilität auch kognitive Fähigkeiten und soziale Unterstützung.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Gesellschaft im Kanton Bern durchaus als «resilient» bezeichnet werden kann. Sie konnte sich in der Krise im Grossen und Ganzen auf die nötigen Veränderungen einstellen und anpassen. Dabei wurde aber auch deutlich, dass es durchaus auch einzelne Gruppen gibt, die weniger gut mit den stressauslösenden Ereignissen umgehen konnten.

Das Resilienz-Konzept lässt sich nicht ohne weiteres vom Individuum auf die Gesellschaft übertragen. Ganz allgemein lässt sich sagen, dass eine Gesellschaft «resilient» ist, wenn sie sich den unerwartet auftretenden Herausforderungen in einer Krise gewachsen zeigt, flexibel reagieren kann und danach rasch wieder zu einem neuen, gesunden Gleichgewicht zurückfindet.

Soziale Infrastrukturen können einen gewissen Beitrag dazu leisten, dass eine Gesellschaft «resilient» ist und besser mit Krisen umgehen kann. Genauso wichtig sind aber auch soziale Faktoren wie Gesundheitszustand, Bildung und sozioökonomischer Status der Bevölkerung sowie ein funktionierendes politisches System und eine gut geführte öffentliche Verwaltung.

Die psychische Gesundheit ist ein Teil des Ganzen. Für die von einer psychischen Krise oder Erkrankung betroffenen Personen und ihr Umfeld ist es enorm wichtig, dass die Versorgung niederschwellig zugänglich ist und dem Behandlungs- und Betreuungsbedarf entsprochen werden kann.

Der Kanton Bern ist seit Jahren aktiv im Bereich der Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen. Beispiele sind die Plattform Psy.ch, der Tag der psychischen Gesundheit, verschiedene Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit der Leistungserbringer etc., welche vom Kanton finanziell unterstützt werden. Zudem werden psychiatrische Leistungen auch vermehrt an akutsomatischen Spitälern angeboten, was ebenfalls einen entstigmatisierenden Effekt zum Ziel hat.

Im Bereich der Gesundheitsförderung investiert der Kanton im Rahmen des kantonalen Aktionsprogrammes Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit bei Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen auch in den kommenden Jahren einen substanziellen Betrag und zählt dabei auch auf die finanzielle Unterstützung durch die Gesundheitsförderung Schweiz.

Weitere Angebote zur Unterstützung von Familien wie beispielsweise Familienberatungsstellen, Schulsozialarbeit, Erziehungsberatung und Kindertagesstätten können als soziale Infrastrukturen bereits heute einen Beitrag zur Bewältigung der Krise und Förderung der psychischen Gesundheit leisten.

Ein eigentliches «Impulsprogramm» für soziale Infrastrukturen ist aus Sicht des Regierungsrates nicht nötig. Punktuell können aufgrund der während der Pandemie gemachten Erfahrungen Verbesserungen angestrebt werden, was jedoch im Rahmen der bestehenden Rahmenbedingungen bereits heute möglich ist.

Zu Punkt 2:

In Folge der Corona-Pandemie haben sich bereits bestehende Versorgungslücken in der Kinder- und Jugendpsychiatrie verschärft. Kurzfristig konnten die Universitären Psychiatrischen Dienste Anfang Mai 2021 ein neues Angebot eröffnen, um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Darüber hinaus werden voraussichtlich mit dem per Mitte 2022 in Kraft tretenden Anordnungsmodell für die psychologische Psychotherapie weitere, leicht zugänglich Angebote geschaffen werden.

Das Nachwuchsproblem in der Fachrichtung Psychiatrie und insbesondere in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist ernst zu nehmen. Die Wahl einer Fachrichtung bei den angehenden Fachärztinnen und Fachärzten wird von verschiedenen Faktoren und Rahmenbedingungen beeinflusst. Einerseits ist sicher der wahrgenommene Status und die Begeisterung für das Arbeitsfeld zu nennen, andererseits auch die Möglichkeiten zur Selbständigkeit und das (erwartete) Einkommen. Auf die wenigsten dieser Faktoren hat der Regierungsrat direkten Einfluss. Gerade die aktuell geltende nationale Tarifstruktur benachteiligt gewisse Fachrichtungen stark, was sicher nicht zur Lösung dieser Problematik beiträgt.

Zu Punkt 3:

Der Kanton Bern unterstützt seit vielen Jahren diverse Bemühungen zur Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen (vgl. Antwort auf Frage 1).

Der Regierungsrat beantragt, den Punkt 1 abzulehnen und die Punkte 2 und 3 anzunehmen und zugleich abzuschreiben.

Verteiler

– Grosser Rat